

17. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Martin Delius (PIRATEN)**

vom 24. Oktober 2014 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 27. Oktober 2014) und **Antwort**

Evaluation und Überarbeitung der Rahmenlehrpläne (IV): Reformvorhaben im Bereich Schulfächer und Stundentafeln

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Plant der Senat im Zuge der Überarbeitung der Rahmenlehrpläne Änderungen an den Stundentafeln der Grundschulverordnung (GsVO, Anlagen 1 und 2)?

a) Wenn ja, welche konkreten Änderungen sollen zu welchen konkreten Zeitpunkten vorgenommen werden?

2. Plant der Senat im Zuge der Überarbeitung der Rahmenlehrpläne Änderungen an den Stundentafeln der Sekundarstufe I-Verordnung (Sek I-VO, Anlagen 1 bis 3)?

a) Wenn ja, welche konkreten Änderungen sollen zu welchen konkreten Zeitpunkten vorgenommen werden

3. Plant der Senat im Zuge der Überarbeitung der Rahmenlehrpläne Änderungen an den Stundentafeln der Verordnung über die gymnasiale Oberstufe (VO-GO, Anlagen 1a und 1b)?

a) Wenn ja, welche konkreten Änderungen sollen zu welchen konkreten Zeitpunkten vorgenommen werden?

Zu 1. – 3.: Nein.

4. Kann der Senat Presseberichte bestätigen, dass ab dem Schuljahr 2015/2016 das Fach Geschichte in den Jahrgangsstufen 5 und 6 zusammen mit den Fächern Geografie und politische Bildung zum Schulfach „Gesellschaftswissenschaften“ zusammengefasst werden soll?

a) Wenn ja, im welchem Umfang soll das Fach „Gesellschaftswissenschaft“ pro Woche in der jeweiligen Jahrgangsstufe unterrichtet werden?

b) Wenn ja, welche Inhalte und welche Informationen sollen wie vermittelt werden?

c) Wenn ja, welche Kompetenzen sollen von den Schüler*innen erworben werden?

d) Wenn ja, sollen am Ende des Schuljahres die jeweiligen Fächer getrennt benotet werden? Wenn nein, warum nicht?

e) Wenn ja, wie lauten die dazugehörigen wissenschaftlichen Bezugsdisziplinen und Studienfächer im Lehramt für die Grundschule an den Berliner Universitäten?

Zu 4.: Es trifft zu, dass die Fächer Geschichte, Geografie und Politische Bildung zum Schuljahr 2016/2017 zum Schulfach Gesellschaftswissenschaften zusammengefasst werden. Der bisherige Stundenumfang der einzelnen Fächer bleibt für das Fach Gesellschaftswissenschaften erhalten. Die Benotung wird für das neue Fach Gesellschaftswissenschaften erfolgen.

Zu den Fragen 4b und 4c verweise ich auf die Beantwortung Ihrer Schriftlichen Anfrage Nr. 17/14 797.

5. Kann der Senat Presseberichte bestätigen, dass ab dem Schuljahr 2015/2016 das Fach Geschichte ab der 7. Klasse als ordentliches und eigenständiges Schulfach unterrichtet werden soll?

a) Wenn ja, im welchem Umfang soll das Fach Geschichte pro Woche in welchen Jahrgangsstufen an welchen Schulformen unterrichtet werden?

b) Wenn ja, welche Inhalte und welche Informationen sollen wie vermittelt werden?

c) Wenn ja, welche Kompetenzen sollen von den Schüler*innen erworben werden?

d) Wie wird die Wiedereinführung des Faches Geschichte als ordentliches und eigenständiges Fach begründet?

Zu 5.: Das Fach Geschichte war und bleibt ein ordentliches und eigenständiges Fach der Berliner Schule. In der Integrierten Sekundarschule wurde das Fach Geschichte in der Stundentafel formal zu einem Lernbereich mit dem Fach Sozialkunde zusammengefasst. Die Beantwortung der Frage nach einer Wiedereinführung erübrigt sich entsprechend.

Zu den Fragen 5b und 5c verweise ich auf die Beantwortung Ihrer Schriftlichen Anfrage Nr. 17/14 797.

6. Warum wurde vom LISUM im Zuge der Überarbeitung der Rahmenlehrpläne auf die Einführung eines ordentlichen und eigenständigen Schulfaches „Politische Bildung“ verzichtet, obwohl das Fach in den Eckpunkten zur Erarbeitung neuer Rahmenlehrpläne für die Grundschule und die Sekundarstufe I, im Beschluss der Steuerungsgruppe vom 21.02.2013 auftaucht?

a) Hält die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft ein ordentliches und eigenständiges Fach „Politische Bildung“ im Land Berlin für notwendig? Wenn ja, mit welchen Argumenten? Wenn nein, warum nicht?

b) Wie bewertet der Senat die Tatsache, dass im Land Brandenburg das Schulfach „Politische Bildung“ angeboten wird, in Berlin aber nicht?

Zu 6.: Die Vorgaben zur Entwicklung der Rahmenlehrpläne für die Länder Berlin und Brandenburg erfolgen durch die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft des Landes Berlin und des Bildungsministeriums des Landes Brandenburg und nicht durch das Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg (LISUM). Ein Verzicht auf ein eigenständiges Schulfach „Politische Bildung“ kann entsprechend durch das LISUM nicht erfolgen.

Zu Frage 6a und 6b: Ein eigenständiges Fach der politischen Bildung existiert unter der Bezeichnung „Sozialkunde“ in Berlin seit Jahrzehnten. Im Rahmen der Entwicklung neuer Rahmenlehrpläne wird die Bezeichnung der politischen Bildung unter der Fachbezeichnung „Politische Bildung“ der Länder angeglichen.

7. Laut einem Bericht der Berliner Zeitung vom 22.10.2014 soll ab dem Schuljahr eine „Demokratieerziehung“ fächerübergreifend erfolgen.

a) Was wird vom LISUM und von der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft unter diesem Begriff verstanden?

b) Wie soll diese fächerübergreifende Demokratieerziehung fächerübergreifend konkret umgesetzt werden?

Zu 7.: Die bisher bereits im Schulgesetz für das Land Berlin vorgesehenen Querschnittsaufgaben der Schule werden in die neuen Rahmenlehrpläne integriert und um weitere Aufgaben wie zum Beispiel Demokratieerziehung oder Bildung für nachhaltige Entwicklung ergänzt und explizit in den einzelnen Fächern verankert. Dies bedeutet im Rahmen der Erziehung zur Demokratie jenseits der politischen Bildung u.a. die verstärkte Ermöglichung von Partizipation im schulischen Zusammenleben und die Förderung einer demokratischen Schulkultur.

8. Inwiefern wurde in den neuen Rahmenlehrplänen die Ausbildung von Medienkompetenz berücksichtigt?

a) In welchen Jahrgangsstufen wird sie an welchen Schulformen und in welchen Schulfächern zukünftig wie Eingang in den Unterricht finden?

Zu 8.: Medienbildung findet als Basiscurriculum fächerübergreifend Eingang in die Rahmenlehrpläne aller Fächer mit ausformulierten Standards auf zwei Niveaustufen für die Primar- und Sekundarstufe der allgemeinbildenden Schulen

Berlin, den 06. November 2014

In Vertretung

Mark Rackles
Senatsverwaltung für Bildung,
Jugend und Wissenschaft

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 11. Nov. 2014)